



KOMMENTAR

Berlin, Stadt des Friedens?

Von Stefan Natke

Da haben sie uns hinters Licht geführt, das darf nie wieder passieren. Nie wieder Krieg!" hatten unsere Mütter nach 1945 erkannt. Nun, 80 Jahre nach dem grausamsten Krieg des letzten Jahrhunderts, sind die deutsche Schwerindustrie und ihre Helfershelfer, die Lautsprecher in Regierung und Parlament wieder dabei, uns kriegstüchtig machen zu wollen. Der deutsche Friedensstaat DDR, in dessen Verfassung die Friedenssicherung und die Freundschaft mit allen Völkern verankert war, wurde politisch und ökonomisch zerlegt.

Stattdessen werden vertragsbrüchig die NATO auf das Gebiet der DDR ausgeweitet und Truppen stationiert. Als Boris Pistorius (SPD) im Oktober 2024 in Rostock das maritime taktische Hauptquartier der NATO für den Ostseeraum einweihet, übernimmt Deutschland die Führungsrolle vor Ort mit Stolz. Wer denkt da noch an 1987, als Berlin zu seiner 750-Jahr-Feier den Titel "Stadt des Frieden" erhielt?

Doch es regt sich inzwischen Widerstand im Land Berlin gegen diesen Kriegskurs der Regierenden aus Ampel- oder beliebig anderer Koalition. Am 3. Oktober letzten Jahres gingen über 40.000 Menschen in Berlin auf die Straße: gegen die Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und nach Israel. Sie demonstrierten gegen den Kriegskurs der BRD, gegen die „Kanonen-statt-Butter-Politik“ und gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. An der Siegessäule, Symbol deutscher Kriegsverherrlichung, wurde an dem Tag der Berliner Appell ins Leben gerufen. Er ist ein Signal dafür, dass nicht nur Kriegsgeheul, sondern auch Friedenstöne aus Berlin kommen. Mit dem Berliner Appell fordern wir „Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden“. Dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht entziehen. Deshalb rufe ich Sie dazu auf, liebe Leserschaft, den Berliner Appell zu unterstützen. Lassen wir uns nicht wieder hinters Licht führen!

Kriegstüchtigkeit - nicht mit uns!
Berliner Appell unterschreiben:
<https://nie-wieder-krieg.org/>

ANZEIGE

ASOZIALE SPARORGIE

Die Kürzungen des Senats sind nur ein Vorgeschmack auf weitere Umverteilungen

Von Susanne Knütter

Kurz vor Beschluss im Abgeordnetenhaus wurde nochmal umgeschichtet. Ein paar der geplanten Haushaltskürzungen wurden wieder zurückgenommen, andere dafür verschärft. Das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm wird um fast ein Drittel zusammengestrichen. Für die freie Jugendarbeit soll es im nächsten Jahr rund 39 Millionen Euro anstatt 42 Millionen Euro an Zuschüssen geben. Damit fällt die Kürzung nur halb so groß aus, wie zunächst geplant. Eine existenzbedrohende Kürzung bleibt es insbesondere für kleine Zentren trotzdem.

Ähnlich ist die Situation bei den sozialen Aufgaben der Stadtbezirke. Deren Etats würden von den Kürzungen ausgenommen, hatte der Regierende Bürgermeister während der entscheidenden Dezember-Sitzung letztes Jahr im Abgeordnetenhaus getönt. Tatsächlich aber kommt jede vermiedene Mittelaufstockung einer Mittelstreichung gleich. Schon jetzt sind die Bezirke unterfinanziert. Die Zuweisungen des Landes liegen deutlich unter deren Kosten, etwa für die Bewirtschaftung von Schulen oder die Eingliederungshilfe im Jugendamt und im Amt für Soziales. Um zum Jahresende nicht ins Minus zu rutschen, verhängen einige Bezirke mindestens einen Monat vorher regelmäßig Haushaltssperren.

Wo wurde noch umgeschichtet? Hochschulen und Charité müssen anstatt 100 jetzt 106 Millionen Spar-Euro beisteuern. Das Technik-

museum muss auf seinen Zuschuss für einen Neubau verzichten. Die Sanierung des Robert-Koch-Forums soll zunächst per Kredit finanziert werden, während die der Komischen Oper erstmal ausfällt. Dafür sprudelt Geld für Abriss und Umbau des Jahn-Sportparks. Kürzungen bei Jugendtheatern seien zurückgenommen worden, große Bühnen wie Berliner Ensemble und Schaubühne sowie Orchester müssten weniger sparen. Dafür dürfen freie Künstler fortan keine Unterstützung beim Ausbau von Arbeitsräumen mehr erwarten.

zum Jahr 2028 mehr investieren als bisher geplant: In 2026 insgesamt eine bislang nicht vorhergesehene Steigerung von 900 Millionen, im darauffolgenden Jahr dann knapp eine Milliarde mehr. So soll z.B. der Bau der Tangentialverbindung Ost deutlich teurer werden. Schulneubauprojekte will die Landesregierung im Grunde ganz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge überlassen, die die Gebäude dann an die Stadt vermietet. Sowohl der Bau als auch die Vermietung dürften teurer werden. Der „Verein Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB) spricht mittlerweile ganz offen von der Wohnungsbaugesellschaft als Briefkastenfirma zwischen privaten Bauunternehmen und der öffentlichen Hand. Ein Quadratmeter Schulneubau kostet GiB zufolge bundesweit im Schnitt etwa 15 Euro, bei der Howoge in Berlin aber mehr als das Zehnfache.

Dieses „bewährte“ Finanzierungsmodell soll nach Willen des Senats nun auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Als Beispiel wird in der Investitionsplanung die Sanierung der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität genannt, für die man eine eigene Hochschulbaugesellschaft beabsichtigt zu gründen. Deutlich mehr Geld als bisher geplant soll zudem für den Umbau des ehemaligen Flughafens Tegel zur „Urban Tech Republic“ ausgegeben werden.

Die neue Investitionsplanung ist vor allem eins: ein weiterer Kürzungsentwurf. Denn auffallend weniger Geld ist u.a. in den Bereichen

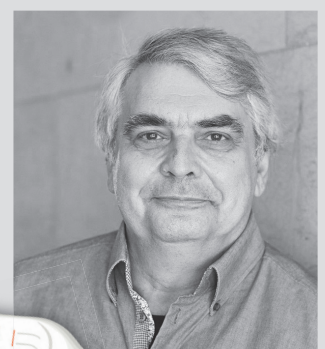
Der Nachtragshaushalt wurde am 19. Dezember beschlossen und mit ihm die Kürzungen von drei Milliarden Euro. Diese Umschichtungen haben das Murren erstmal gedämpft, denn seitdem gab es keine Proteste mehr. Dabei ist ein Ende bei den Kürzungen nicht in Sicht. Einige Kommentatoren prognostizieren bereits, 2026 komme es noch dicker. Einen Vorgeschmack gab die Investitionsplanung, die der Senat am 14. Januar beschlossen hat. Demnach will die schwarz-rote Koalition bis



unsere zeit

„Die UZ spiegelt unverzerrt die Zeit, in der wir leben und kämpfen. Das ist ein seltener Vorzug. Die Lage auf den Punkt bringen, damit sie erkannt und zum Besseren verändert werden kann, ist ihr journalistisches Credo. Wer auf der linken Seite künstlerisch arbeitet, dem ist sie auch deshalb eine Heimat, weil sie bemerkenswerte Podien für kulturelles Aufbegehren schafft. Meine Bitte an die Zögerlichen: Lest sie, und greift nach ihren kulturellen Angeboten! Man muss kein Kommunist sein, um die UZ zu mögen, ja zu benötigen.“

(Hartmut König schreibt regelmäßige Kolumnen für UZ. Er war Mitbegründer der ersten deutschsprachigen DDR-Beatband „Team“ und des „Oktoberklubs“)



Sagen, was ist!

Jetzt 6 Wochen gratis probelesen: abo.unsere-zeit.de

Antifa heißt Friedenskampf

In Berlin häufen sich die Meldungen rechter Gewalt- und Propagandadelikte. Auch in Treptow-Köpenick tritt die Rechte immer aggressiver auf. Im Jahr 2023 verzeichnete das Berliner Register über 451 Vorfälle und damit berlinweit die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen. Längst werden nicht alle Vorfälle erfasst, doch decken sich die Zahlen mit den Erfahrungsberichten unserer Bündnispartner im Kiez: Sympathisanten der AfD treten immer aggressiver auf und schrecken auch vor Gewalt nicht zurück, während der III. Weg mit regelmäßigen Infoständen vor Schulen, öffentlichen Kampftrainings oder Veranstaltungen in Kinder- und Jugendeinrichtungen eine rechte Subkultur unter Jugendlichen etabliert.

Angesichts der Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus verwundert die Formierung einer faschistischen Bewegung nicht. Altbewhrt ist die Methode des Kapitals auf Faschisten zurückzugreifen, denn sie eignet sich dazu, den Unmut der Bevölkerung einzufangen, etwa gegen Kürzungen der Sozialausgaben, aber auch um Migranten als Feindbild zu präsentieren und damit soziale Spaltung hervorzurufen.

Für die DKP Treptow-Köpenick ist der Kampf für den Frieden auch ein antifaschistischer Kampf. Daherverstrken wir in Zeiten der Aufrüstung unsere antifaschistische Arbeit. So waren wir an der Gründung des „Solidarischen Netzwerks Schöne-

weide“ beteiligt, welches rechte Vorfälle im Kiez dokumentiert und dem Berliner Register meldet. Zusammen haben wir im September letzten Jahres das I. Antifaschistischen Fußballturnier in Schöneweide organisiert. Im Dezember dann haben wir in Köpenick mit dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, dem wir seit mehr als zehn Jahren angehören, gegen den Aufmarsch vom „Aktionsbündnis Berlin“ und das Konzert der Partei „Heimat“ protestiert.

Wir setzen auf die Arbeit mit möglichst vielen antifaschistischen Bündnispartnern und Einzelpersonen, um einen möglichst breiten Widerstand gegen faschistische Bewegungen, reaktionär-militaristischen Staatsumbau und seine Folgen für die deutsche Arbeiterklasse zu organisieren.

Gruppe Treptow-Köpenick

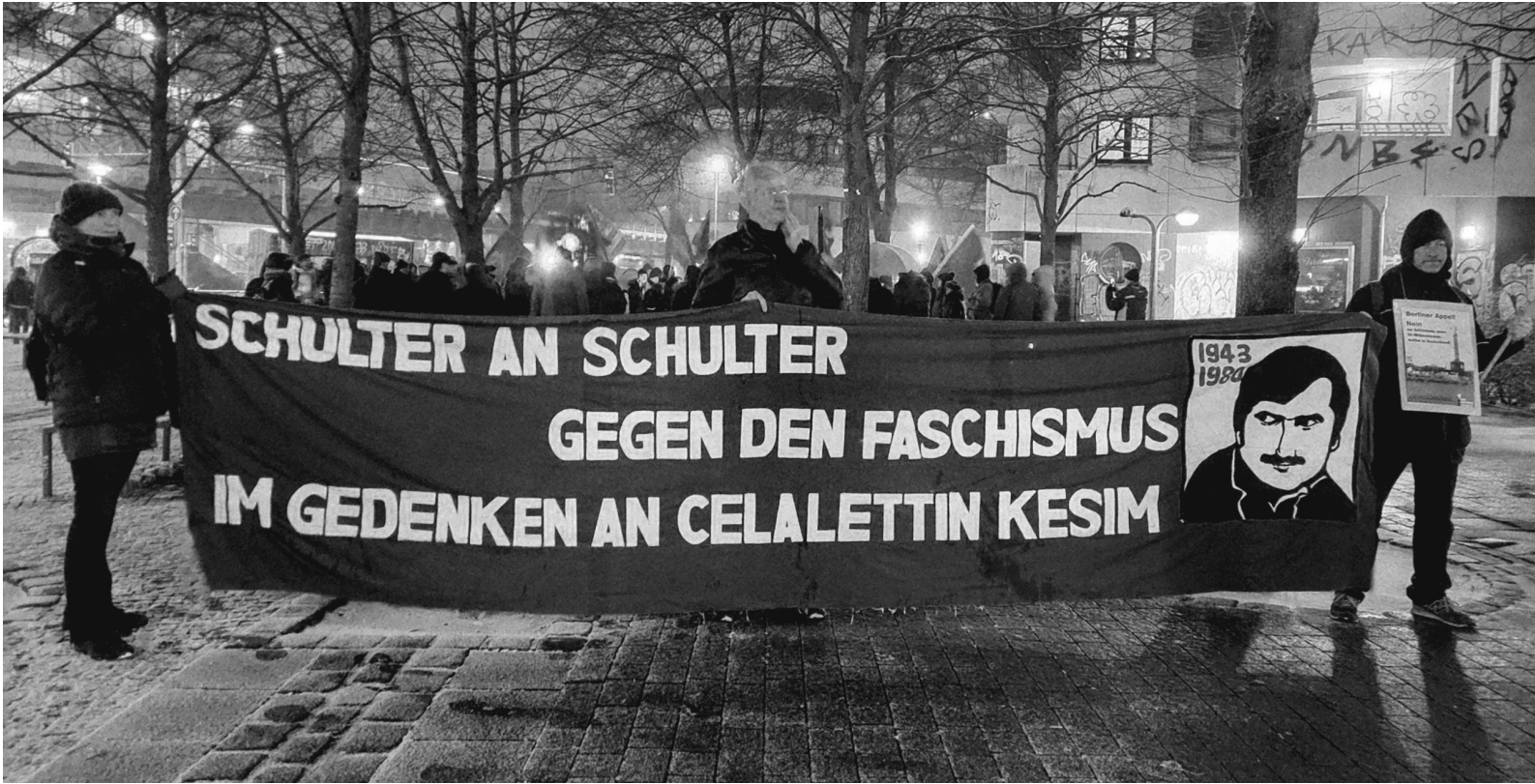


Foto: DKP Berlin

Kommunist Celalettin Kesim vor 45 Jahren ermordet

Der türkische Arbeiter Celalettin Kesim hatte seit 1973 in Westberlin gelebt. Hier wirkte er nicht nur als Gewerkschafter, Berufsschullehrer und Sekretär des Trkenzentrums in der Neuköllner Schinkestrae, sondern war zugleich Mitglied in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), in der sich damals die meisten Westberliner Kommunisten organisierten.

Am 5. Januar 1980 hatte er zusammen mit seinen türkischen Genossen am Kottbusser Tor Flugblätter verteilt, in denen vor einem drohenden Militärputsch in der Türkei gewarnt wurde. Dafür wurden sie von türkischen Faschisten und religiösen Fanatikern attackiert. Kesim fiel dabei einem Messerangriff zum Opfer. Die

medizinische Hilfe kam zu spät. Im Nachhinein mussten seine Genossen noch rassistische Hetzkampagnen aus den Reihen des Westberliner Politikfilzes und der Boulevardpresse über sich ergehen lassen und erlitten staatliche Repression. Von „Auseinandersetzungen extremistischer terroristischer Organisationen auf Berliner Boden“ war die Rede, und die Opfer wurden zu Tätern gemacht, als infolge des Mordes das Trkenzentrum seine Mitgliederliste bei den Westberliner Behörden offen legen musste. Doch es gab auch eine riesige Trauerfeier mit anschließender Gedenkdemonstration, an der sich 10.000 Menschen beteiligten.

Dieses Jahr fanden sich ca. 100 Genossen, Genossen, Freundinnen und Freunde

Kesims zusammen. Es wehten die Fahnen der türkischen und griechischen KP, und auch zahlreiche deutsche Kommunisten nahmen teil. Gedichte wurden rezitiert, es gab eine Schweigeminute. In einer Rede der Berliner DKP wurde nicht nur die Bestrafung der Mörder Kesims und Aufklärung über heutige Verstrickungen des deutschen Staates in faschistische Mordtaten wie die des NSU gefordert, sondern auch auf den mit massiver Aufrüstung einhergehenden aktuellen reaktionär-militaristischen Staatsumbau verwiesen, wogegen sich unsere gesamte Kraft richten muss.

Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg

Geschichtsverflscher im Museum

In Karlshorst lässt sich ein besonderes Stück Geschichtsverflschung beobachten. Dort kapitulierte am 8. Mai 1945 das faschistische Deutschland in der ehemaligen Pionierschule 1 der Wehrmacht bedingungslos. Der Ort diente seit 1967 als Kapitulationsmuseum.

An der Arbeit des Museums sind vier Länder beteiligt – Deutschland, Russland, die Ukraine und Belarus. Hisste man vor dem Museum ab 1989 noch die Flaggen aller Länder, so hängt seit Februar 2022 dort nur noch die Nationalfahne des Landes, in dem heute faschistische Nationalisten wie Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch als offizielle „Helden der Ukraine“ verehrt werden. Auch der Austausch mit russischen und belarussischen Einrichtungen ist eingestellt. Auf Anmahnung des ehemali-

gen ukrainischen Botschafters und Bandera-Bewunderers Andrij Melnyk wurde im Mai 2022 das Kapitulationsmuseum in „Museum Berlin-Karlshorst“ umbenannt. Der neue Name verströmt die Bedeutungslosigkeit eines trivialen Dorfmuseums, nichts darin erinnert an die welthistorische Bedeutung des Orts.

Anfang 2023 kündigte die Kulturstatsministerin Claudia Roth eine Änderung der Trägerschaft des Museums an. Zugleich initiierte der einstige Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen und glühende Antikommunist Hubertus Knabe eine Medienkampagne für die Liquidierung des Museums Berlin-Karlshorst.

In einer Talkshow nahm sich auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann der Sache an: „Das Verbleiben der Russen im Trägerverein wäre ein fatales Signal der Schwäche“. Bei einem Impulsvortrag eröffnete der Museumsleiter Jrg Morr sogar den Diskurs über das vollständige Abreißen von sowjetischen Denkmälern in Deutschland. Darin zeigt sich die Unfähigkeit, mit dem Gedenken an den verbrecherischen Weltkrieg und der daraus resultierenden antifaschistischen Verantwortung umzugehen.

Im „Arturo Ui“ warnte uns Bertolt Brecht vor faschistischen Nachfolgern: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Erinnern wir also zum Tag der Befreiung vom Faschismus und Krieg am Ort der Kapitulation in Karlshorst an die großen Opfer und die Befreiungsleistung der Sowjetsoldaten!

Gruppe Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf

VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES / VERBAND DER ANTIFASCHISTINNEN

VVN-VdA

Deutschland muss friedentchtig werden, statt kriegstüchtig:

- Bildung, Gesundheit, Löhne rauf! Runter mit der Rstung!
- Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden!
- Keine Waffen an die Ukraine oder an Israel!
- "Der Feind steht rechts!"

<https://vvn-vda.de>
info@vvn-vda.de

Inge und Michael Pardon

Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie

TULPANOW

edition ost

Einer der bedeutendsten sowjetischen Politiker der deutschen Nachkriegsgeschichte

«Angesichts der politisch in Deutschland und in manch anderen westlichen Ländern gerade hoch gepuschten Russophobie – Russen gelten als Barbaren und Untermenschen – kommt diese Publikation zur rechten Zeit ...» – Christa Luft

256 Seiten, mit zahlr. Abb., gebunden, 28,– €
ISBN 978-3-360-01886-1

edition ost
www.eulenspiegel.com

links & bündig

Ein Newsletter von junge Welt

täglich
gratis
ausgewählte Artikel der jW-Redaktion

Hier abonnieren:
jungewelt.de/eintragen



Foto: DKP Berlin

Kinderkliniken in Not

Im Dezember 2024 entschied das DRK-Krankenhaus Westend, in der Kinderklinik ab Februar 2025 die Abteilung für Kinderchirurgie zu schließen. Die Abteilung erfülle nicht die Mindestausstattung an Fachärzten für Kinderchirurgie und werde daher nach den Kriterien der anstehenden Klinikreform nicht mehr finanziert. In anderen Berliner Kliniken trifft es die Frühgeborenen-Abteilung mit der Schließung. Spezielle Versorgung sollen zentralisiert werden, damit auch die Kostenerstattungen zentralisiert und daher reduziert werden können, was schließlich nur eine Verknappung an allen Enden bedeutet, Zukünftig bestimmen Mindestmengen, wo welche Versorgung stattfinden darf.

In den vergangenen 30 Jahren wurde die Zahl der Krankbetten für Kinder fast halbiert. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der pädiatrischen Abteilungen um ein Viertel. Gleichzeitig stieg die Zahl der zu versorgenden Fälle an. Mit Einführung der Fallpauschalen (DRGs) 2003 wurde die stationäre Versorgung kranker Kinder finanziell schlechter gestellt als andere Bereiche. Die realen Kosten sind in den DRGs noch weniger abgebildet als die aus anderen Klinikbereichen. Da sich für die Träger dieser personal- und kostenintensive Bereich oft



Foto: GIB

nicht lohnt, findet hier ein enormer Strukturabbau statt. Die Folgen sind schlechte Arbeitsbedingungen und Personalmangel. Die durch vergangene Krankenhausreform und Privatisierungsprozesse ohnehin schon reduzierten Kapazitäten reichen längst nicht aus - geschweige denn, um in komplexeren Notsituationen gewappnet zu sein - weil es nicht nur an Betten, sondern auch an geschultem Personal fehlt.

All das trifft auch auf die Berliner Kinderkliniken zu. Es gibt in Berlin neun Kinderkliniken plus sieben Teilkliniken in der Charité. Im Krankenhaus Westend müssen Kinder mit chirurgischem Bedarf zukünftig entweder abgewiesen oder über die Erwachsenen-Rettungsstelle mitversorgt werden. Die Verknappung von stationärer Versorgung wird zu längeren, ineffizienten Anfahrtswegen und folglich einer insgesamt schlechteren Gesundheitsversorgung führen.

Gruppe Betriebsaktiv Gesundheit

„BVG – weil wir dich lieben“

– lautet eine Kampagne, die mit witzigen Songs und Memes seit Jahren das Image des ÖPNV-Unternehmens in neue Höhen bringt. Doch eine Imagekampagne kann nicht über schlechte Arbeitsbedingungen, Fahrzeug- und Fachkräftemangel hinwegtäuschen. Statt die Millionen in den Ausbau der BVG zu stecken, etwa durch Investitionen in Material, Infrastruktur und mehr Personal, wurde lieber in eine teure Imagekampagne investiert, die man sich hätte sparen können. Die beste Kampagne für's Firmenimage war das 9-Euro-Ticket vor ca. zwei Jahren. Endlich war es möglich, in Berlin von A nach B zu kommen, ohne dass eine Fahrt bspw. vom Gesundbrunnen zum Tierpark so viel wie ein Döner kostete.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das jedem Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, zustehen sollte. Wer in Berlin lebt, muss über sein Grundbedürfnis hinaus flexibel und mobil im Alltag sein: Für den Weg zur Arbeit oder Schule, zur Passbeantragung oder zum Termin in eine Klinik am Rande der Stadt. Die Ummeldung des Wohnortes ist da auch schon mal eine Reise nach Steglitz wert, obwohl man gar nicht dort hinzieht. Wer sich ein Auto nicht leisten kann oder will, und wer aus Gründen (von Wetter bis Zeit) auf Fahrradfahren verzichtet und aus denselben Gründen auch nicht zu Fuß gehen kann, der ist darauf angewiesen, den ÖPNV zu nutzen. Deswegen ist ein monetär günstiger ÖPNV notwendig. Doch genau an der Stelle wird gespart.

Die Folgen sind Angebotseinsparungen, wie die Abschaffung des 29-Euro-Tickets, weniger eingesetzte U-Bahnen und Busse oder auch die Aussetzung der Arbeiten an der Verlängerung von Tramlinien. Gleichzeitig fabuliert der Bürgermeister Kai Wegner von einer Olympiaausrichtung 2036 und treibt den Weiterbau der Autobahn A-100 voran.

Für uns als DKP Berlin ist die Politik des Senats nicht hinnehmbar! Leben in dieser Stadt bedeutet Mobilität in dieser Stadt. Wer in Berlin wohnt, darf nicht durch die Einsparungen des Senats abgehängt werden! Wir fordern die sofortige Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets und Schritte für einen kostenlosen ÖPNV!

Gruppe Wedding

Symbol der Völkerfreundschaft ausradiert

Als 1951, nur sechs Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark errichtet wurde, war dies eine wichtige Zäsur in der deutschen Geschichte. In dem neuen Stadion, gebaut auf einem riesigen Trümmerberg, fanden unter der Losung „Für Frieden und Freundschaft – gegen Atomwaffen“ die 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt, an denen 26.000 junge Menschen aus 104 verschiedenen Ländern, ungeachtet ihrer Herkunft oder sozialen Hintergrunds teilnahmen. Der Jahn-Sportpark war ein Schauplatz dieser Manifestation des Friedens, ein Symbol der Völkerverständigung und der antiimperialistischen Solidarität.

Unter den Bedingungen in der BRD liegen die Prioritäten jedoch anders. Schon seit 2021 ist geplant, das Stadion im Jahn-Sportpark abzureißen und durch ein Neues zu ersetzen. Trotz großer Proteste von Anwohnern und des Vereins NaturFreunde Berlin, hält der Senat unter dem Vorwand, Berlin brauche mehr Inklusionssport, an seinen Plänen fest. Damit bewilligt der Senat ein 300 Mio. schweres Umbauprojekt in Zeiten, in denen er gleichzeitig Etatkürzungen für Bildung, Gesundheit und Kultur i.H.v. von fast 3 Milliarden Euro vornimmt. Dieser teure Abriss eines wichtigen kulturhistorischen Wahrzeichens ist eine Farce. Dass die Pläne weitgehend politisch motiviert sind, wird angesichts dessen deutlich, dass im letz-

ten Jahr die Abrissarbeiten am 7. Oktober, dem Jahrestag der Gründung der DDR, begannen. Die Geschichte des „anderen“ Deutschlands soll ausgelöscht werden. Es darf keine Erinnerung mehr an die sozialistische Vergangenheit geben, in der Internationalismus eine feste Verankerung hatte und die Jugend vielseitig gefördert wurde.

Das letzte Mal, als der Senat 1992 ein DDR-Stadion abriß, das Stadion der Weltjugend in Mitte, wurde das Areal anschließend für den Bau der Zentrale des BND genutzt: eine Institution, die sich in die inneren Angelegenheiten von Ländern in aller Welt einmischte.

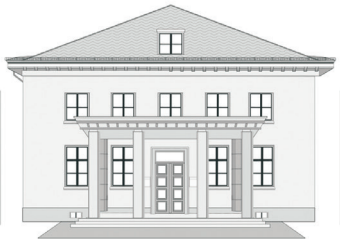
Gruppe Pankow



URLAUB IM LOTSENHAUS AN DER OSTSEE
(14 KM VON STRALSUND)

3 KOMFORTABLE FE.-WO.
ERICH & MICHAELA
BARTELS

TEL: +4915234201059
WWW.FERIEN-IM-LOTSENHAUS.DE



80 KUNDGEBUNG
08.Mai 2025
14:00

80. JAHRESTAG DER BEDINGUNGSLOSEN KAPITULATION DER DEUTSCHEN WEHRMACHT. NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER FASCHISMUS!

Ort der Kapitulation
Belin-Karlshorst
Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Renate Dillmann
MEDIEN. MACHT. MEINUNG.
Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit

Hält das Selbstbild der Leitmedien – sachliche Informationen, Kontrolle der Macht – einer Prüfung stand? Wie funktioniert das Dreiecksverhältnis von Presse, Politik und Publikum? Einem ›Crashkurs Medienkompetenz‹ folgen Fallstudien – Ukraine, Gaza und ›Feindbild China‹ – zu einer Berichterstattung im Sinne der Kriegstüchtigkeit.

ISBN 978-3-89438-834-8 | 239 Seiten | € 17,90

Stefania Maurizi
SECRET POWER
Der Angriff auf WikiLeaks und Julian Assange
Mit Vorworten von Vincent Bevins und Ken Loach

»Ich bin heute frei, weil ich mich des Journalismus schuldig bekannt habe.« (Assange, Okt. 2024) Stefania Maurizi, die u. a. für La Repubblica mit Julian Assange zusammenarbeitete, zeichnet den Weg von den ersten WikiLeaks-Veröffentlichungen bis zur Freilassung nach.

ISBN 978-3-89438-832-4 | Klappenbrochure, 463 Seiten | € 28,00

STEFANIA MAURIZI
SECRET POWER
DER ANGRIFF AUF WIKILEAKS UND JULIAN ASSANGE

Mit Vorworten von Vincent Bevins und Ken Loach



KAZ
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KAZ AUSGABE 390, FEBRUAR 2025
Rüstungskapital und Regierung - fest umschlungen! Todbringend!

Erscheint vierteljährlich:
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46
90122 Nürnberg
Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de

www.kaz-online.de

ANZEIGEN



SOLIDARITÄT STATT REPRESSION

30 Jahre Luxemburg-Liebkecht-Demonstration: Der Kampf für Frieden und Fortschritt geht weiter

von Tim Meier

Einige Leser werden sich fragen: „Nur drei-ßig Jahre? Das Andenken an Rosa und Karl gibt’s doch schon länger!“ Und die geneigten Leser haben nicht Unrecht. Seit ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 durch Freikorps gab es, mit Unterbrechung durch die Hitlerfaschisten, jedes Jahr in Deutschland Demonstrationen, Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen. Doch nach dem Ende der DDR, in der vier Jahrzehnte lang ein nationaler Gedenktag gepflegt wurde, gab es keine zentrale Koordination mehr, bis sich 1996 ein Bündnis verschiedener Gruppierungen und Parteien zusammenfand, um diese Demonstration fortan gemeinsam durchzuführen.

Im gleichen Jahr wurde erstmals auch die „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ von der Tageszeitung junge Welt veranstaltet. Seither ist die Konferenz der Beginn des jährlichen politischen Auftakts für alle fortschrittlich linken Kräfte im Land, der am Sonntagvormittag mit der friedlichen Gekendemonstration zu den Gräbern von Liebkecht und Luxemburg in Friedrichsfelde seinen würdigen Abschluss findet.

So auch in diesem Jahr am 12. Januar, als sich am U-Bahnhof Frankfurter Tor, über 12.000, vornehmlich junge Menschen trotz Kälte für den Demozug versammelten. Auch die Genossen und Genossinnen der DKP und SDAJ waren nach ihrer Jahresauftaktfeier am Abend zuvor zahlreich vertreten. Mit Bannern und Fahnenblock brachten sie ihre Losungen gegen Aufrüstung, Freiheitsbeschränkung, die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und die Repression im Land auf die Straße. Besonders deutliche Worte gegen das Kriegsgeheul des Westens unter der Führung der NATO gegenüber Russland und China waren vom DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele zu hören, dessen Redebeiträge den Demoblock begleiteten.

Das genozidale Vorgehen Israels im Gazastreifen, dem bisher in Reaktion auf den

07.10.2023 über 47.000 Menschen zum Opfer fielen, wurde mit einem eigenen Block auf der Demonstration thematisiert. Internationale Solidarität ist an diesem Tag wichtiger denn je: sei es mit dem Volk in Palästina, sei es mit Kuba, das unter einer mörderisch aussehenden Blockade leiden muss oder sei es gegen den von Deutschland mit unterstützten Putsch der Islamisten in Syrien.

Leider verweigerte der Bundesvorstand von „Die Linke“ und größtenteils seine Anhänger die Teilnahme an der Demonstration und organisierte eine eigene Kranzniederlegung an der



Gedenkstätte der Sozialisten. Unter den höhnischen Blicken einer Lichtenberger CDU-Delegation legte man ebenfalls am Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ – damit sind auch faschistische Saboteure, Milizen und Agenten gemeint – Blumen nieder, als müsse man den Herrschenden weiterhin beweisen, man meine es mit dem Sozialismus nicht so ernst.

Diejenigen hingegen, die den Kampf gegen Kapitalismus und für Sozialismus nicht aufgegeben haben, hatten in der Gudrunstraße, die zum „Friedhof der Sozialisten“ führt, zahlreiche Stände aufgebaut, um den Demozug zu empfan-

gen. Die DKP bot vor Ort wärmenden Punsch, Glühwein und Suppen an und überzeugte mit guten Büchern und warmen Pullis aus dem UZ-Shop. Neben 3000 verteilten Exemplaren der Wochenzeitung „Unsere Zeit“ an diesem Tag, konnten auch hunderte Unterschriften für den „Berliner Appell“ gesammelt werden.

Der Verein „Unentdecktes Land“ erinnerte durch sein riesiges Transparent mit Karl Liebkechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt Deutscher Imperialismus!“ daran, dass hierzulande seit über 100 Jahren der gemeinsame Nenner weiterhin der Kampf gegen das herrschende Kapital ist.

Leider zeigte sich die schon seit Monaten herrschende Repression gegen die Unterstützung Palästinas auch an diesem Tag: Bereits zu Beginn wurde ein Transparent der SDAJ, auf welchem ein rotes Dreieck als Zeichen der Kommunisten ein Maschinengewehr zerschlägt, von der Polizei mit der albernem Begründung, dass es ein Symbol der Hamas sei, aus dem Verkehr gezogen. Nicht viel später gab es bei einem gewalttätigen Angriff auf einen Teil der Demonstranten mehrere Verletzte, ein Teilnehmer wurde bewusstlos geprügelt und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der komplette Demozug zeigte mit seiner Solidarität durch zusammenhaltendes Warten, Kettenbildung und lautstarke Chöre den Einsatzkräften der Polizei deren Grenzen auf. Und so gab es bis zum Erreichen des Zielortes keine weiteren Vorkommnisse, nur bei der Abreise versuchten die Beamten der Exekutive erneut, einzelner abreisender Gruppen und Menschen habhaft zu werden, was ihnen leider auch teilweise gelang.

Doch trotz aller Widrigkeiten, von hinderlichen Baumaßnahmen am Friedhofsvorplatz bis zu störenden und repressiven Ausschreitungen der Polizei, siegten an diesem Tag Solidarität und Kampfgeist gegen die Unterdrückung und herrschende Staatsraison. Das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht war, ist und bleibt für linke Kräfte das größte politische Auftaktereignis im Jahr!

DKP Berlin Gruppentermine

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Friedrichshain/Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

Lichtenberg/ Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten und dritten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Pankow

Termin: jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

Spandau

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lymarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADEBE
Verwendungszweck: Anstoß

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion:
Toni Püschel (V.i.S.d.P.),
Tim Meier, Stefan Natke

Layout:
Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
15 000 im Raum Berlin

Druck:
Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:



www.dkp-berlin.info
Mail: anstoss@dkp.berlin